

Allgemeine Datenschutzhinweise gem. Art. 13 DSGVO

Nachfolgend informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit der Meldung von Hinweisen zu Rechtsverstößen gem. Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) am UFZ.

1. Verantwortlicher

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung gemäß DSGVO bei Meldungen an die Meldestellen-Beauftragte nach HinSchG ist das:

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH – UFZ
Permoserstraße 15, 04318 Leipzig, Deutschland
Tel.: 0341/ 6025 1081
E-Mail: hinweis@ufz.de
Website: www.ufz.de

Bei Meldungen an die Vertrauensanwältin oder den Vertrauensanwalt ist die Rechtsanwaltskanzlei FS-PP Berlin - Frank Auffermann Vogel Albrecht - Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Potsdamer Platz 8, 10117 Berlin Verantwortliche für die Datenverarbeitung i.S.d. DSGVO.

2. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Die Datenschutzbeauftragte des UFZ
Permoserstraße 15, 04318 Leipzig, Deutschland
Tel.: 0341/ 6025 1227
E-Mail: datenschutz@ufz.de

3. Umfang und Zweck der Datenverarbeitung

Folgende personenbezogene Daten werden von der internen Meldestelle verarbeitet:

- Identifikationsdaten (Name sowie weitere Kontaktdaten), sofern offengelegt;
- personenbezogene Daten von Personen, die vom Hinweis betroffen sind; grundsätzlich umfasst dies die Identifikationsdaten und die den Hinweis auslösende Handlung.

Zweck der Datenverarbeitung ist die Erfüllung der sich aus dem Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG ergebenden Pflichten zur Einrichtung eines Hinweisgebersystems. Das HinSchG sieht vor, dass Beschäftigungsgeber ein Hinweisgebersystem im Unternehmen errichten müssen. Wenn und soweit Mitarbeiter*innen und Gäste des UFZ oder Externe einen möglichen Rechtsverstoß im Zusammenhang mit dem UFZ melden möchten, kann das UFZ über einen internen und externen Meldekanal kontaktiert werden.

4. Rechtsgrundlage

Die interne Meldestelle (die Meldestellen-Beauftragte und der Vertrauensanwalt/ die Vertrauensanwältin) ist gem. § 10 HinSchG i.V.m. Art 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO befugt, personenbezogene Daten zu verarbeiten, soweit dies zur Erfüllung ihrer in den §§ 13 und 24 HinSchG bezeichneten Aufgaben erforderlich ist.

5. Datenweitergabe

Das UFZ wird personenbezogene Daten nur an Dritte weitergeben, wenn dazu eine Einwilligung oder eine sonstige Rechtsgrundlage vorliegt. Mögliche Empfänger*innen sind beispielsweise Strafverfolgungsbehörden, Gerichte, Rechtsanwält*innen und Wirtschaftsprüfer*innen. In diesem Fall sind die Empfänger*innen selbst datenschutzrechtlich Verantwortliche im Sinne von Art. 4 Nr. 7 DSGVO und zum Schutz der personenbezogenen Daten verpflichtet.

6. Speicherung

Die interne Meldestelle (die Meldestellen-Beauftragte und der Vertrauensanwalt/ die Vertrauensanwältin), dokumentiert alle eingehenden Meldungen in dauerhaft abrufbarer Weise unter Beachtung des Vertraulichkeitsgebots (§ 8 HinSchG). Die Dokumentation wird 3 Jahre nach Abschluss des Verfahrens gelöscht. Die Dokumentation kann länger aufbewahrt werden, um die Anforderungen nach dem HinSchG oder nach anderen Rechtsvorschriften zu erfüllen, solange dies erforderlich und verhältnismäßig ist; vgl. § 11 Abs. 5 HinSchG.

7. Datenverarbeitung außerhalb der EU / des EWR

Ihre personenbezogenen Daten werden ausschließlich in Deutschland verarbeitet. Eine Datenverarbeitung außerhalb der EU oder des Europäischen Wirtschaftsraumes findet nicht statt.

8. Betroffenenrechte

Aufgrund der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie als betroffene Person gegenüber dem UFZ bei Vorliegen der Voraussetzungen folgende Rechte:

- Recht auf Bestätigung, ob Sie betreffende Daten verarbeitet werden und auf Auskunft über die verarbeiteten Daten, auf weitere Informationen über die Datenverarbeitung sowie auf Zurverfügungstellung von Kopien der Daten (Art. 15 DSGVO);
- Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten (Art. 16 DSGVO);
- Recht auf unverzügliche Löschung der Sie betreffenden Daten, sofern z.B. der Zweck der Verarbeitung erreicht wurde oder Ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden (Art. 17 DSGVO);
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, z.B. wenn Sie die Richtigkeit Ihrer personenbezogenen Daten bestreiten oder die Verarbeitung unrechtmäßig erfolgte (Art. 18 DSGVO).

9. Beschwerderecht bei Aufsichtsbehörde

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten durch das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH – UFZ gegen die Bestimmungen der DSGVO verstößt, haben Sie das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren (Art. 77 DSGVO). Die für das UFZ zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Die Bundesbeauftragte für Datenschutz und die Informationsfreiheit
Graurheindorfer Str. 153 - 53117 Bonn
Telefon: +49 (0)228-997799-0
E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de